## **Deutscher Bundestag**

**16. Wahlperiode** 27. 09. 2006

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Ulla Lötzer, Hans-Kurt Hill, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
  - Drucksache16/1961 -

Keine Weltbankkredite für Atomtechnologie

 b) zu dem Antrag der Abgeordneten Ute Koczy, Thilo Hoppe, Dr. Uschi Eid, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 – Drucksache 16/1978 –

Eine Weltbank-Energiepolitik der Zukunft – Ja zu mehr Effizienz und erneuerbaren Energien, Nein zur Atomkraft

#### A. Problem

Weltbank-Energiepolitik ohne Atomenergie

#### B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/1961 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/1978 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

## C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/1961.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/1978.

## D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 16/1961 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 16/1978 abzulehnen.

Berlin, den 20. September 2006

## Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

<b>Thilo Hoppe</b> Vorsitzender	<b>Dr. Georg Nüßlein</b> Berichterstatter	<b>Gabriele Groneberg</b> Berichterstatterin	<b>Dr. Karl Addicks</b> Berichterstatter
	Heike Hänsel Berichterstatterin	Ute Koczy Berichterstatterin	

# Bericht der Abgeordneten Dr. Gregor Nüßlein, Gabriele Groneberg, Dr. Karl Addicks, Heike Hänsel und Ute Koczy

#### I. Zum Beratungsverfahren

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 16/1961 in seiner 43. Sitzung am 29. Juni 2006 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag in seiner 15. Sitzung, am 20. September 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der federführende Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag in seiner 20. Sitzung am 20. September 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

#### Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 16/1978 in seiner 43. Sitzung am 29. Juni 2006 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 20. September 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der federführende Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag in seiner 20. Sitzung am 20. September 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

#### II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, es gehe nicht an, auch Atomenergie als saubere Energie zu bezeichnen, wie es

bei der Energiepolitik der Weltbank geschehe. Insbesondere in Bezug auf Entwicklungsländer sei dies eine gefährliche Entwicklung, weshalb es keine Weltbankkredite für Atomtechnologie geben dürfe.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machte darauf aufmerksam, dass die Diskussion in der Weltbank zu Klimaund Energiepolitik zu unterstützen sei, um die Bereiche erneuerbare Energien und Energieeffizienz voranzutreiben. Atomenergie dürfe nicht unter den Begriff saubere Energie fallen, da die Probleme, die diese Art der Energiegewinnung verursache - wie z. B. Atommüll, Proliferation, Gefahren eines GAU und hohe Kosten – völlig ausgeblendet würden. Gefährlich sei besonders die Signalwirkung, die bei der Erwähnung der Atomkraft als sinnvolle Alternative durch die Weltbank ausgelöst werden könne, da sich weitere Länder und Institutionen darauf berufen könnten. Des Weiteren sei zu befürchten, dass die Weltbankinitiativen zu einem Ersatzmechanismus für den KyotoPlus-Prozess werden. Neue Finanzierungsinstrumente der Weltbank dürften nicht zu einer Reduzierung der schon vorhandenen Mechanismen führen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. werde als zu einseitig wahrgenommen, weshalb man sich enthalten werde.

Die Fraktion der CDU/CSU legte dar, dass der Zugang zu Energie in Entwicklungs- und Schwellenländern als sehr wichtig eingestuft werden müsse. Regenerative Energien seien zu fördern. Gleichzeitig sei es eine Tatsache, dass insbesondere in Schwellenländern bereits Kernkraftwerke gebaut würden und es deshalb von Bedeutung sei, deren Sicherheit zu gewährleisten und darauf Einfluss zu nehmen. Des Weiteren sei kein Politikwechsel der Weltbank zu erkennen. Der Antrag sei abzulehnen.

Die Fraktion der FDP machte deutlich, dass besonders der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als zu weitgehend abzulehnen sei. Eine schnelle Realisierung des vollständigen Verzichts auf Kernenergie sei fraglich. Darüber hinaus sei Kernenergie unter den richtigen Voraussetzungen beherrschbar.

Die Fraktion der SPD lehnte beide Anträge ab und verwies auf zwei bereits in der vergangenen Wahlperiode verabschiedete Anträge (Drucksache 15/3465: "Für eine nachhaltige Rohstoff- und Energiepolitik der Weltbank" und Drucksache 15/3212: "Globale Zukunftssicherung durch die Förderung erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern vorantreiben"), die über die vorliegenden Anträge hinausgingen. Zudem wurde deutlich gemacht, dass, solange kein Politikwechsel der Weltbank auszumachen sei, ein neuer Antrag nicht geboten erscheine.

Berlin, den 20. September 2006

Dr. Georg NüßleinGabriele GronebergDr. Karl AddicksHeike HänselUte KoczyBerichterstatterBerichterstatterinBerichterstatterinBerichterstatterin